

Kurzbericht

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

(70. - öffentliche - Sitzung am 14. Januar 2026)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen ELER-Fördergesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/8504](#)

dazu: Vorlage 2 des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes

Der – federführende - Ausschuss setzt die Beratung fort und schließt sie ab. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf in der Fassung der Vorlage 2 anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Christoph Willeke (SPD)

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Bundeswehr in Niedersachsen**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/6804](#)

Der - mitberatende - Ausschuss schließt sich der Empfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wissenschaft und Kultur an, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur Übung zur Vermarktung von Schweinefleisch für den Fall des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest (ASP)**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

4. **Ökologische Stationen dauerhaft verlässlich, in ausreichender Höhe und unbürokratisch finanzieren**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8957](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bittet die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung.

5. **Gänsemanagement in Niedersachsen: Förderlücken schließen - Verfahren beschleunigen - neue Lösungsansätze erproben**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/8959](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er behandelt diesen Tagesordnungspunkt zusammen mit Tagesordnungspunkt 10 – [Drs. 19/9350](#) - und bittet die Landesregierung zu beiden Tagesordnungspunkten um eine mündliche Unterrichtung.

6. Regulierung von Tierhandel und Tierbörsen - Tierwohl stärken, illegalen Handel eindämmen

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/8969](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bittet die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung.

7. Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zur Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK)

Der Ausschuss schließt sich dem Unterrichtungswunsch an und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

8. Entbürokratisierung durch Digitalisierung - ein einheitliches Datenportal für die Landwirtschaft in Niedersachsen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/9263](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und bittet die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung.

9. Für eine spürbare Entlastung der heimischen Landwirtschaft: Verdoppelung der Agrardieselmrückerstattung

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/9299](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung und stellt die abschließende Beratung zurück.

10. Konsequentes jagdliches Gänsemanagement in Niedersachsen - Landwirtschaft entlasten, Bodenbrüter schützen, Seuchenrisiken reduzieren

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/9350](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er behandelt diesen Tagesordnungspunkt zusammen mit Tagesordnungspunkt 5 – [Drs. 19/8959](#) - und bittet die Landesregierung zu beiden Tagesordnungspunkten um eine mündliche Unterrichtung.

11. Die Impfung von Hausgeflügel gegen die Vogelgrippe ermöglichen und den Export betreffender Geflügelprodukte unterstützen

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/9354](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er behandelt diesen Tagesordnungspunkt zusammen mit Tagesordnungspunkt 12 – [Drs. 19/9425](#) - und bittet die Landesregierung zu beiden Tagesordnungspunkten um eine schriftliche Unterrichtung.

12. Die Vogelgrippe konsequent bekämpfen: Tierleid verhindern, Menschen entlasten, betriebliche Existenzen sichern

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/9425](#)

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung. Er behandelt diesen Tagesordnungspunkt zusammen mit Tagesordnungspunkt 11 - [Drs. 19/9354](#) - und bittet die Landesregierung zu beiden Tagesordnungspunkten um eine schriftliche Unterrichtung.